



Konjunkturbericht

Die wirtschaftliche Entwicklung
zum Jahresende 2014

Jahrgang 65 (2014) Heft 4

Impressum

Vorstand des RWI

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);

Manfred Breuer; Reinhold Schulte (Stellv. Vorsitzende);

Dr. Hans Georg Fabritius; Prof. Dr. Justus Haucap; Hans Jürgen Kerckhoff;

Dr. Thomas Köster; Dr. Thomas A. Lange; Martin Lehmann-Stanislawski;

Dr.-Ing. Herbert Lütkestratkötter; Hans Martz; Andreas Meyer-Lauber;

Hermann Rappen; Reinhard Schulz; Dr. Michael H. Wappelhorst

Forschungsbeirat

Prof. Michael C. Burda, Ph.D.; Prof. Dr. Monika Büttler; Prof. Dr. Lars P. Feld;

Prof. Dr. Stefan Felder; Prof. Nicola Fuchs-Schündeln, Ph.D.; Prof. Timo Goeschl,

Ph.D.; Prof. Dr. Justus Haucap; Prof. Dr. Kai Konrad; Prof. Dr. Wolfgang Leininger;

Prof. Dr. Nadine Riedel; Prof. Regina T. Riphahn, Ph.D.

Ehrenmitglieder des RWI

Heinrich Frommknecht; Prof. Dr. Paul Klemmer †; Dr. Dietmar Kuhnt

RWI Konjunkturberichte

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1-3, 45128 Essen, Tel. 0201-8149-0

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2014

Schriftleitung:

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktionelle Bearbeitung:

Katharina Brach, Sabine Weiler

Konzeption und Gestaltung:

Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt

ISSN 1861-6305 (online)

Konjunkturberichte

**Die wirtschaftliche Entwicklung
zum Jahresende 2014**

Jahrgang 65 (2014)
Heft 4



Mitglied der



Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Sinkender Rohölpreis stärkt Konjunktur

Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest, Heinz Gebhardt, Philipp an de Meulen, Martin Micheli, Svetlana Rujin, Torsten Schmidt und Lina Zwick 5

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen: Expansion bleibt schwach

Von Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest und Heinz Gebhardt17

Inhalt

Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest, Heinz Gebhardt, Philipp an de Meulen, Martin Micheli, Svetlana Rujin, Torsten Schmidt und Lina Zwick

Sinkender Rohölpreis stärkt Konjunktur¹

Zusammenfassung: Die deutsche Konjunktur verlor im Sommerhalbjahr merklich an Kraft und die Aussichten stellten sich bisher auch wenig günstig dar. Allerdings dürften von dem inzwischen deutlichen Rückgang des Rohölpreises spürbare Impulse für die Konjunktur im kommenden Jahr ausgehen. So reduziert ein um 25 \$/b niedrigerer Rohölpreis die Importrechnung Deutschlands für sich genommen um 14 Mrd. €, also um knapp 0,5% des BIP. Begünstigt werden insbesondere die privaten Konsumausgaben. Da der niedrigere Ölpreis die Konjunktur in anderen Öl importierenden Ländern ebenfalls anregt, dürften auch die Exporte lebhafter zunehmen. Mit steigender Kapazitätsauslastung dürften dann die Unternehmen auch mehr investieren. Alles in allem prognostizieren wir für 2014 und für 2015 eine Zunahme des BIP um 1,5%. Von dem Anstieg im kommenden Jahr dürften etwa 0,4%-Punkte direkt oder indirekt auf die stark rückläufigen Rohölpreise zurückzuführen sein. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich wohl trotz der Belastungen durch die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns weiter verbessern. Aufgrund der niedrigen Ölpreise bleibt die Inflation mit 0,9% (2014) bzw. 1,0% (2015) wohl moderat. Der Staatshaushalt wird im kommenden Jahr voraussichtlich zwar erneut einen Überschuss aufweisen, aber einen geringen als 2014, da die Ausgaben der Sozialversicherungen steigen.

Abstract: During this summer the German economy lost momentum and expectations were revised downwards. However, the marked reduction of crude oil prices is likely to stimulate the economy in the next year. A decrease of the oil price by 25\$/b will reduce Germany's expenditure on oil imports by € 14 bn, which is appr. 0.5% of GDP. This will boost primarily private consumption. Moreover, cheaper oil will also stimulate the economy in other oil importing countries. Therefore, exports will be more vivid, too. With capacity utilization rising, this stimulus will promote business investment. To sum up, we forecast GDP to grow by 1.5% in this year and the next year; about 0.4 percentage points of which will be due to lower oil prices in the next year. The labor market will continue to improve, despite of the expected negative effects of the introduction of a minimum wage at the beginning of 2015. Due to lower oil prices inflation will remain moderate at 0.9% resp. 1.0%. The fiscal balance surplus will be smaller than in 2014 since expenditures of the social insurance are going to rise.

¹ Abgeschlossen am 9.12.2014. Kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen gaben Sabine Weiler und Wim Kösters.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2014

Die deutsche Konjunktur hat im Sommerhalbjahr an Kraft verloren. Im zweiten Quartal ging die Wirtschaftsleistung zurück. Dies war zwar zum Teil eine technische Gegenreaktion zu dem durch eine ungewöhnlich milde Witterung begünstigten kräftigen Produktionsanstieg im ersten Quartal. Jedoch stagnierte die Produktion im dritten Quartal lediglich, und die Aussichten für die kurze Frist sahen nicht besonders günstig aus. So blieb die Stimmung unter den Unternehmen gedrückt. Zwar hat sich der ifo Geschäftsklimaindex nach einem sechs Monate währenden Rückgang im November wieder leicht verbessert. Der *Purchasing Managers' Index* für das Verarbeitende Gewerbe fiel hingegen unter die „Wachstumsschwelle“ von 50 und erreichte den tiefsten Wert seit Sommer 2013. Auch die realwirtschaftlichen Indikatoren verheißen keine rasche Belebung. Die Industrieproduktion verharrte im Oktober auf dem Niveau des dritten Quartals und die Bauproduktion wurde nur wenig ausgeweitet. Alles in allem zeichnet sich für das vierte Quartal eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,2% gegenüber dem Vorquartal ab.

Die wirtschaftlichen Aussichten für das kommende Jahr dürften im Spannungsfeld gegenläufiger Tendenzen stehen. Positiv wirken die anhaltende Ausweitung der Beschäftigung und die damit einhergehende spürbare Zunahme der verfügbaren Einkommen, die die Binnennachfrage stützen. Darauf deutet auch der im Oktober wieder deutlich lebhaftere Auftragseingang aus dem Inland hin. Belastend wirken weiterhin die geopolitischen Risiken, insbesondere der ukrainisch-russische Konflikt, und die enttäuschend schwache Expansion in vielen Schwellenländern. Ein neues weltwirtschaftliches Datum stellt aber der spürbare Rückgang des Rohölpreises in den vergangenen Wochen dar.

Unsere Prognose vom September dieses Jahres unterstellte einen Rohölpreis (Brent) von rund 100 \$ je Barrel. Der Preis war bereits damals seit drei Monaten gesunken, um insgesamt gut 10%. Dies ließ sich noch durch das Zusammenwirken von schwächerer Nachfrage und einem wachsenden Angebot insbesondere aufgrund des Fracking in den USA erklären. Seitdem hat sich der Rückgang aber beschleunigt; zuletzt notierte Rohöl rund 30% niedriger als im September. Ein geringerer Ölpreis hat erhebliche Konsequenzen für die internationale und die deutsche Konjunktur. Einerseits belastet er die Konjunktur in den ölexportierenden Ländern, insbesondere dürften sich die wirtschaftlichen Probleme Russlands verstärken. Andererseits impliziert er für die ölimportierenden Länder eine Zunahme der Realeinkommen. So reduziert ein um 25 \$/b niedrigerer Rohölpreis die Importrechnung Deutschlands für sich genommen um 14 Mrd. €, also um knapp 0,5% des BIP.

Für die vorliegende Prognose ist von zentraler Bedeutung, wie sich der Rohölpreis im Prognosezeitraum entwickeln wird. In den vergangenen Monaten hat die OPEC

Kasten

Zu den Auswirkungen eines niedrigeren Ölpreises auf die deutsche Konjunktur

Der Weltmarktpreis für Rohöl ist in den vergangenen Wochen spürbar gefallen. Um die daraus resultierenden Folgen für die deutsche Konjunktur im Jahr 2015 abzuschätzen, wurden Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell durchgeführt. In diesen wurde der Rohölpreis gegenüber der Basislösung des Modells um 25 \$/b gesenkt. Da zu erwarten ist, dass der niedrigere Ölpreis die Konjunktur in den anderen Öl importierenden Ländern ebenfalls anregen wird, wurde in einer zweiten Simulation zusätzlich unterstellt, dass der Welthandel aufs Jahr gesehen mit einer um 1/2%-Punkte höheren Rate expandiert. Diese Änderungen gegenüber der Basislösung gelten ab dem vierten Quartal 2014.

Auswirkungen eines Rückgangs des Rohölpreises

Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell, Abweichungen von der Basislösung

	Rückgang des Ölpreises um 25 \$/b			Rückgang des Ölpreises und um 1/2%-Punkte stärkere Expansion des Welthandels		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Entstehung						
Erwerbstätige (1000)	1,2	3,5	18,1	1,7	19,4	60,4
Arbeitslose (1000)	-0,6	-1,8	-9,3	-0,9	-9,9	-31,0
Verwendung, real (Zuwachsrate in %-Punkten)						
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,3	0,2	0,1	0,5	0,3
Private Konsumausgaben	0,1	0,6	0,2	0,1	0,7	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	0,5	0,3	0,1	0,8	0,6
Inlandsnachfrage	0,1	0,5	0,2	0,1	0,7	0,4
Exporte	0,0	-0,1	0,1	0,1	0,5	0,4
Importe	0,1	0,6	0,3	0,1	1,1	0,6
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	0,0	-0,3	0,0	0,0	-0,2	0,0
Preisindizes						
Private Konsumausgaben	-0,1	-0,6	0,0	-0,1	-0,6	-0,1
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,1	-0,1	0,0	0,1	-0,1

Eigene Berechnungen.

Die Tabelle zeigt, dass ein geringerer Ölpreis über niedrigere Verbraucherpreise insbesondere die Nachfrage der privaten Haushalte anregt. Sie nimmt im Jahr 2015 um 0,6%-Punkte kräftiger zu als in der Basislösung des Modells. Aufgrund der so erreichten höheren Kapazitätsauslastung werden auch die Bruttoanlageinvestitionen befördert. Der höhere Zuwachs der Inlandsnachfrage schlägt allerdings nur in gerin-

Deutsche Konjunktur im Dezember 2014

gem Maße auf das BIP durch, da ein hoher Teil der nachgefragten Güter importiert wird und deshalb auch die Importe stärker ausgeweitet werden. Das BIP würde daher 2015 lediglich um 0,2%-Punkte stärker zunehmen. Damit sind auch die Beschäftigungswirkungen gering.

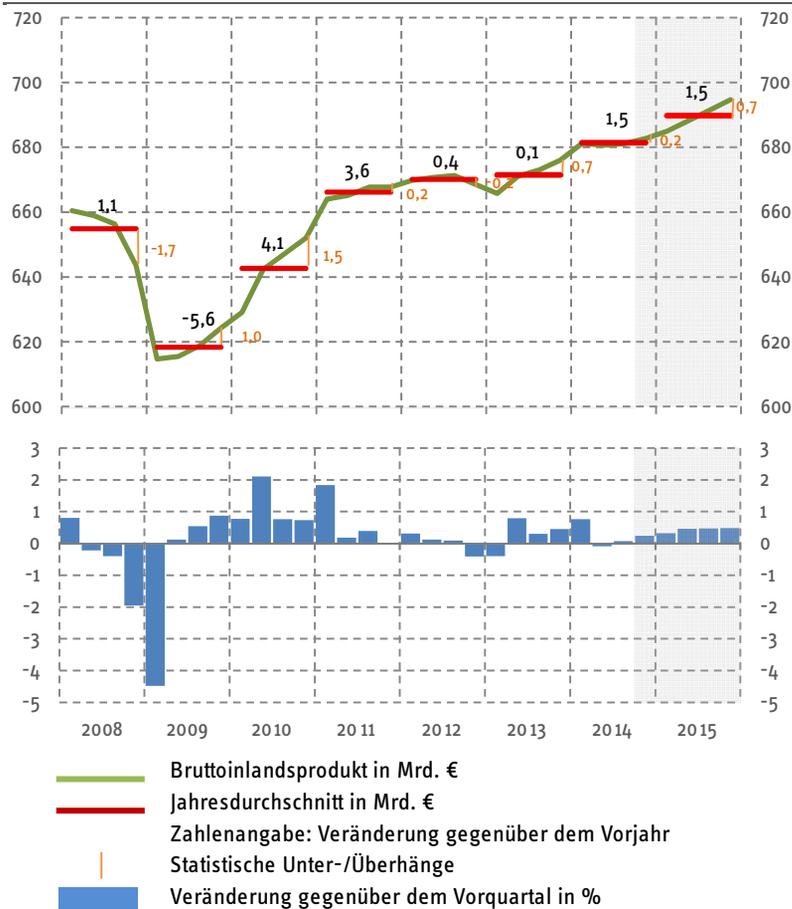
Stärkere Auswirkungen auf das BIP und den Arbeitsmarkt wären dann zu erwarten, wenn der niedrigere Ölpreis die Weltwirtschaft insgesamt anregen würde. Dann würden die deutschen Exporte etwas kräftiger ausgeweitet, wovon stärkere Anregungen auf die Investitionstätigkeit ausgingen. Auch hier wäre damit zu rechnen, dass der expansive Impuls zum Teil durch höhere Einfuhren kompensiert wird. Das BIP würde gleichwohl im Jahr 2015 um 0,4%Punkte stärker expandieren, und auch für 2016 wäre ein positiver Effekt auf die BIP-Rate zu erwarten, auch weil in diesem Szenario die Beschäftigung gegenüber der Basislösung stärker zulegt.

gezeigt, dass sie derzeit – anders als in der Vergangenheit – nicht bereit ist, durch Anpassung ihrer Fördermenge die Preise zu stabilisieren. Vor diesem Hintergrund unterstellen wir in dieser Prognose, dass der Rohölpreis vorerst niedrig bleiben und im Jahresdurchschnitt 2015 bei 70 \$/b liegen wird, nach 99,5 \$/b in diesem Jahr.

Der niedrigere Ölpreis wird vor allem die Kaufkraft der privaten Haushalte und damit die privaten Konsumausgaben stärken (vgl. Kasten). Sie werden im kommenden Jahr voraussichtlich um 1,6% zunehmen. Dazu tragen u.a. durch das Rentenpaket erhöhte staatliche Transfers bei, während die Gewinn- und Vermögenseinkommen auch angesichts niedriger Zinsen nur verhalten zunehmen. Die Unternehmensinvestitionen dürften hingegen erst im weiteren Verlauf des kommenden Jahres anziehen, worauf die derzeit noch ungünstigen Erwartungen der Unternehmen hinweisen. Mit steigendem privaten Konsum und lebhafteren Exporten steigt aber die Kapazitätsauslastung, was die Investitionstätigkeit der Unternehmen stützt. Angesichts niedriger Zinsen und geringer Renditen alternativer Vermögensanlagen ist mit einer weiteren Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen zu rechnen. Allerdings wirken wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Mietpreisbremse und die Anhebung der Grunderwerbsteuer in einigen Bundesländern dämpfend.

Die Expansion wird voraussichtlich weiterhin von der Binnenwirtschaft getragen. Allerdings dürften auch die Ausfuhren rascher ausgeweitet werden, zumal der niedrigere Ölpreis die Konjunktur bei vielen Handelspartnern Deutschlands ebenfalls anregt und sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure aufgrund der Abwertung des Euro seit März um 2% verbessert hat. Mit der lebhafteren Inlandsnachfrage ziehen voraussichtlich aber auch die Einfuhren an, so dass die Außenwirtschaft wohl nur einen geringen Beitrag zur Zunahme des realen BIP leisten wird. Gleichwohl dürfte sich der Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz aufgrund der sinkenden Einfuhrpreise für Rohöl vergrößern.

Schaubild 1
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 2008 bis 2015; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Alles in allem zeichnet sich für 2014 eine Zunahme des BIP um 1,5% ab. Für 2015 erwarten wir einen Zuwachs um ebenfalls 1,5%. Davon dürften etwa 0,4%-Punkte direkt oder indirekt auf die stark rückläufigen Rohölpreise zurückzuführen sein (Kasten). Da die Zahl der Arbeitstage im kommenden Jahr höher ist als in diesem, ergibt sich arbeitstäglich bereinigt ein Zuwachs des BIP von 1,3%.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2014

Der Arbeitsmarkt hat sich weiter positiv entwickelt. Nach einer kleinen Abschwächung im zweiten Quartal hat das Arbeitsvolumen im dritten Quartal 2014 wieder zugelegt, um saisonbereinigt 0,5%. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit wurde insbesondere durch den Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse getrieben. Der Beschäftigungsaufbau wurde jedoch weiterhin vor allem aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials gespeist, der auf die Zuwanderung und die gestiegene Erwerbsbeteiligung zurückzuführen ist. Die Arbeitslosigkeit sank hingegen nur leicht. Im Prognosezeitraum wird der Arbeitsmarkt maßgeblich von der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50€ beeinflusst. Die Arbeitsnachfrage dürfte gemessen am Arbeitsvolumen im Jahr 2015 nur noch gedämpft um 0,6% zulegen, nach 1,3% in diesem Jahr. Da insbesondere die Löhne vieler geringfügig Beschäftigter derzeit noch unter dem Mindestlohn liegen, werden sich die Arbeitskosten wohl hauptsächlich in diesem Bereich spürbar verteuern und es dürfte folglich vor allem hier zu einem merklichen Stellenabbau kommen. Da diese Arbeitnehmer aber oft keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, wird die registrierte Arbeitslosigkeit nur wenig steigen. Wir erwarten für 2015 eine Arbeitslosenquote von 6,8% nach 6,7% im Jahr 2014.

Der Preisauftrieb hat sich zuletzt weiter abgeschwächt. Während die Inflationsrate im Juli noch bei 0,8% lag, erreichte sie im November voraussichtlich lediglich 0,6%. Zum Teil dämpfte die konjunkturelle Eintrübung im Sommerhalbjahr die Teuerung. Vor allem aber war der geringe Preisauftrieb dem deutlichen Rückgang der Energiepreise geschuldet, die im November um voraussichtlich 2,5% unter dem Niveau des Vorjahres lagen. Für das kommende Jahr erwarten wir eine Inflationsrate von 1,0% nach 0,9% in diesem Jahr. Der binnenwirtschaftliche Preisauftrieb wird bei weiter unterausgelasteten Kapazitäten moderat bleiben, zumal die gesunkenen Energiekosten in den Güterpreisen weitergegeben werden dürften. Allerdings sind aufgrund des Mindestlohns stärkere Preisanhebungen insbesondere für Dienstleistungen zu erwarten; hier lag die Preissteigerung bei 1,4%.

Die Finanzpolitik ist im kommenden Jahr leicht expansiv ausgerichtet, vor allem weil die Leistungen der Sozialversicherung ausgeweitet werden. Das Rentenpaket (Mütterrente, Rente ab 63, Neuregelungen zur Erwerbsminderungsrente) ist zwar bereits zum 1. Juli 2014 in Kraft getreten. Doch gelten die erhöhten Leistungen nun erstmals für ein volles Jahr. Ferner werden die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung zu Beginn des kommenden Jahres aufgestockt. Zudem wird der Bund seine Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur sowie für Bildung und Forschung ausweiten. Einnahmeseitig dürften von der Finanzpolitik hingegen keine Impulse ausgehen. Zwar wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn des

RWI Konjunkturbericht 65 (4)

Tabelle 1

Eckwerte der RWI-Konjunkturprognose vom Dezember 2014

2013 bis 2015, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2013	2014 ^s	2015 ^s
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,1	1,5	1,5
Verwendung ¹			
Konsumausgaben	0,8	1,1	1,5
Private Haushalte ²	0,8	1,1	1,6
Staat	0,7	1,1	1,2
Anlageinvestitionen	-0,6	2,9	2,3
Ausrüstungen	-2,4	3,2	3,4
Bauten	-0,1	3,3	1,8
Sonstige Anlagen	1,3	1,2	1,5
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag)	0,2	-0,2	-0,2
Inlandsnachfrage	0,7	1,2	1,5
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-0,5	0,3	0,1
Ausfuhr	1,6	4,0	5,1
Einfuhr	3,1	3,7	5,6
Erwerbstätige ³ , in 1000	42.281	42.650	42.785
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2.950	2.900	2.955
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	6,9	6,7	6,8
Verbraucherpreise ⁶	1,5	0,9	1,0
Lohnstückkosten ⁷	2,4	1,8	2,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁸			
in Mrd.€	4,2	15	7
in % des nominalen BIP	0,1	0,5	0,2
Leistungsbilanzsaldo ⁹			
in Mrd.€	189,2	215	226
in % des nominalen BIP	6,7	7,4	7,5
Nachrichtlich			
Bruttoinlandsprodukt USA	2,2	2,4	3,3
Bruttoinlandsprodukt Euro-Raum	-0,4	0,8	0,9
Inflation Euro-Raum	1,4	0,5	0,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Im Inland. - ⁴Nationale Abgrenzung. - ⁵In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit (Bezogen auf inländische Erwerbspersonen). - ⁶Verbraucherpreisindex. - ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁸In der Abgrenzung der VGR. - ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. - ^sEigene Schätzung.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2014

kommenden Jahres um 0,2%-Punkte auf 18,7% gesenkt, doch wird der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,3%-Punkte auf 2,35% angehoben. Alles in allem schätzen wir den im Jahr 2015 von der Finanzpolitik ausgehenden expansiven Impuls auf 0,3% des BIP.

Die Finanzlage des Staates wird sich nach unserer Rechnung im laufenden Jahr weiter verbessert haben. Der Budgetüberschuss steigt von reichlich 4 Mrd. € auf knapp 15 Mrd. € bzw. in Relation zum BIP von 0,1 auf 0,5%. Dies ist allerdings nicht Ausdruck einer nachhaltigen Konsolidierung. Vielmehr haben dazu vor allem die äußerst günstigen Refinanzierungskonditionen des Staates, die kalte Progression und eine höhere Ausschüttung der Bundesbank beigetragen. Da die Ausgaben der Sozialversicherungen im kommenden Jahr kräftig steigen werden, wird sich die Finanzlage des Staates ungeachtet des angestrebten ausgeglichenen Bundeshaushalts nicht weiter verbessern. Vielmehr dürfte sich der Überschuss auf knapp 7 1/2 Mrd. € bzw. in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt auf 0,2 % verringern.

RWI Konjunkturbericht 65 (4)

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,6	0,9	0,3	0,8	0,9	0,5	0,1
Arbeitsvolumen	- 0,3	1,3	0,6	1,6	0,9	- 0,2	1,4
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,9	0,4	0,3	0,8	0,0	- 0,7	1,3
Produktivität ¹	0,4	0,2	0,8	0,2	0,2	1,0	0,7
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,1	1,5	1,5	1,8	1,2	0,9	2,1

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd.EUR

Konsumausgaben	2 112,7	2 166,8	2 237,0	1 054,9	1 111,9	1 088,4	1 148,6
Private Haushalte ²	1 571,5	1 604,5	1 648,0	782,2	822,3	802,6	845,5
Staat	541,2	562,3	589,0	272,8	289,6	285,8	303,2
Anlageinvestitionen	555,8	578,3	600,3	279,1	299,2	283,3	317,0
Ausrüstungen	177,9	183,3	190,0	88,2	95,1	88,3	101,7
Bauten	279,2	293,0	304,7	141,3	151,7	143,7	161,0
Sonstige Anlageinvestitionen	98,8	102,0	105,6	49,6	52,4	51,2	54,3
Vorratsveränderung ³	- 22,3	- 29,3	- 36,4	- 0,7	- 28,6	- 7,9	- 28,6
Inländische Verwendung	2 646,2	2 715,9	2 800,9	1 333,4	1 382,5	1 363,8	1 437,1
Außenbeitrag	163,3	188,8	203,3	95,4	93,4	105,9	97,4
Exporte	1 280,1	1 328,4	1 398,0	650,6	677,8	683,0	714,9
Importe	1 116,9	1 139,6	1 194,6	555,2	584,5	577,1	617,5
Bruttoinlandsprodukt	2 809,5	2 904,7	3 004,2	1 428,8	1 475,9	1 469,7	1 534,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,5	2,6	3,2	2,5	2,7	3,2	3,3
Private Haushalte ²	2,1	2,1	2,7	2,0	2,2	2,6	2,8
Staat	3,8	3,9	4,7	3,9	3,9	4,8	4,7
Anlageinvestitionen	0,8	4,0	3,8	6,1	2,2	1,5	6,0
Ausrüstungen	- 2,1	3,1	3,6	5,0	1,3	0,1	6,9
Bauten	1,9	5,0	4,0	7,8	2,4	1,7	6,1
Sonstige Anlageinvestitionen	3,3	3,2	3,5	3,2	3,2	3,2	3,7
Inländische Verwendung	2,2	2,6	3,1	3,3	2,0	2,3	3,9
Exporte	1,4	3,8	5,2	2,9	4,6	5,0	5,5
Importe	1,4	2,0	4,8	1,6	2,5	3,9	5,7
Bruttoinlandsprodukt	2,2	3,4	3,4	3,8	3,0	2,9	4,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2005)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 007,7	2 028,9	2 059,5	993,8	1 035,2	1 008,9	1 050,6
Private Haushalte ²	1 500,6	1 516,5	1 540,7	740,5	776,0	752,4	788,3
Staat	507,0	512,4	518,8	253,2	259,2	256,5	262,4
Anlageinvestitionen	527,5	542,9	555,2	262,3	280,6	262,3	292,8
Ausrüstungen	175,3	180,9	187,0	86,6	94,3	86,6	100,5
Bauten	258,4	267,1	271,9	129,3	137,8	128,8	143,1
Sonstige Anlageinvestitionen	93,6	94,7	96,1	46,2	48,5	46,8	49,4
Inländische Verwendung	2 509,4	2 539,8	2 576,4	1 255,2	1 284,6	1 264,0	1 312,5
Exporte	1 229,1	1 277,7	1 342,9	626,2	651,6	656,7	686,3
Importe	1 056,3	1 094,9	1 156,7	531,5	563,4	558,7	597,9
Bruttoinlandsprodukt	2 681,6	2 721,5	2 761,5	1 349,3	1 372,2	1 361,1	1 400,3

Deutsche Konjunktur im Dezember 2014

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	0,8	1,1	1,5	0,9	1,2	1,5	1,5
Private Haushalte ²	0,8	1,1	1,6	0,9	1,2	1,6	1,6
Staat	0,7	1,1	1,2	0,9	1,2	1,3	1,2
Anlageinvestitionen	- 0,6	2,9	2,3	4,9	1,1	0,0	4,4
Ausrüstungen	- 2,4	3,2	3,4	5,1	1,6	- 0,1	6,5
Bauten	- 0,1	3,3	1,8	6,2	0,8	- 0,4	3,9
Sonstige Anlageinvestitionen	1,3	1,2	1,5	1,2	1,2	1,2	1,8
Inländische Verwendung	0,7	1,2	1,4	1,8	0,6	0,7	2,2
Exporte	1,6	4,0	5,1	3,3	4,6	4,9	5,3
Importe	3,1	3,7	5,6	3,5	3,8	5,1	6,1
Bruttoinlandsprodukt	0,1	1,5	1,5	1,8	1,2	0,9	2,1

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,2	1,0	1,1	1,1	1,0	1,0	1,2
Konsumausgaben des Staates	3,1	2,8	3,5	2,9	2,7	3,4	3,5
Anlageinvestitionen	1,4	1,1	1,5	1,1	1,1	1,5	1,5
Ausrüstungen	0,2	- 0,2	0,3	0,0	- 0,2	0,2	0,4
Bauten	2,0	1,6	2,1	1,5	1,6	2,1	2,2
Exporte	- 0,2	- 0,2	0,1	- 0,4	0,1	0,1	0,1
Importe	- 1,6	- 1,6	- 0,8	- 1,8	- 1,3	- 1,1	- 0,4
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,9	1,9	1,9	1,8	2,0	1,9

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 011,7	2 063,2	2 129,8	1 014,4	1 048,8	1 046,7	1 083,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	262,8	270,3	279,0	131,2	139,1	135,3	143,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 165,5	1 208,1	1 255,2	577,3	630,8	599,4	655,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	583,4	584,8	595,6	305,8	278,9	311,9	283,6
Primäreinkommen der übr. Sektoren	368,1	397,9	421,3	183,5	214,4	187,0	234,3
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 379,8	2 461,1	2 551,1	1 197,9	1 263,2	1 233,6	1 317,4
Abschreibungen	502,1	512,5	524,5	255,0	257,5	260,8	263,7
Bruttonationaleinkommen	2 881,9	2 973,5	3 075,6	1 452,9	1 520,7	1 494,5	1 581,1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 099,9	2 174,4	2 256,2	1 055,3	1 119,1	1 087,2	1 169,0
Unternehmens- und Vermögenseink.	671,6	696,0	722,0	346,7	349,3	352,4	369,5
Arbeitnehmerentgelt	1 428,3	1 478,4	1 534,2	708,6	769,8	734,7	799,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH. ²	2,1	2,6	3,2	2,6	2,5	3,2	3,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,9	2,8	3,2	3,1	2,6	3,1	3,4
Bruttolöhne und -gehälter	3,0	3,7	3,9	3,9	3,4	3,8	4,0
Bruttolöhne und -gehälter je Besch.	2,1	2,5	3,6	2,9	2,2	3,2	3,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,6	0,2	1,8	- 0,1	0,6	2,0	1,7
Primäreinkommen der übr. Sektoren	1,8	8,1	5,9	9,8	6,7	1,9	9,3
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2,1	3,4	3,7	3,6	3,2	3,0	4,3
Abschreibungen	2,3	2,1	2,4	2,0	2,1	2,3	2,4
Bruttonationaleinkommen	2,1	3,2	3,4	3,3	3,0	2,9	4,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,2	3,5	3,8	3,7	3,4	3,0	4,5
Unternehmens- und Vermögenseink.	0,9	3,6	3,7	3,6	3,6	1,7	5,8
Arbeitnehmerentgelt	2,8	3,5	3,8	3,8	3,3	3,7	3,9

RWI Konjunkturbericht 65 (4)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 175,6	1 209,5	1 250,2	584,1	625,3	604,0	646,2
Nettolöhne und -gehälter	777,2	801,5	830,7	380,3	421,2	394,1	436,6
Monetäre Sozialleistungen	492,1	500,8	515,7	251,1	249,7	259,4	256,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	93,7	92,8	96,2	47,3	45,5	49,5	46,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	583,4	584,8	595,6	305,8	278,9	311,9	283,6
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 77,7	- 75,8	- 76,5	- 38,2	- 37,7	- 39,3	- 37,3
Verfügbares Einkommen	1 681,3	1 718,4	1 769,3	851,8	866,6	876,7	892,5
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	47,2	48,2	48,7	23,8	24,3	24,1	24,6
Konsumausgaben	1 571,5	1 604,5	1 648,0	782,2	822,3	802,6	845,5
Sparen	157,0	162,1	169,9	93,4	68,6	98,3	71,7
Sparquote (%) ⁶	9,1	9,2	9,3	10,7	7,7	10,9	7,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,6	2,9	3,4	3,0	2,8	3,4	3,3
Nettolöhne und -gehälter	2,8	3,1	3,6	3,7	2,6	3,6	3,7
Monetäre Sozialleistungen	2,4	1,8	3,0	1,4	2,2	3,3	2,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,9	- 1,0	3,7	0,2	- 2,2	4,7	2,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,6	0,2	1,8	- 0,1	0,6	2,0	1,7
Verfügbares Einkommen	1,8	2,2	3,0	2,1	2,3	2,9	3,0
Konsumausgaben	2,1	2,1	2,7	2,0	2,2	2,6	2,8
Sparen	- 1,6	3,3	4,9	3,2	3,3	5,2	4,4

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd.EUR

Einnahmen							
Steuern	637,9	657,9	679,9	330,7	327,2	340,9	339,0
Sozialbeiträge	465,4	480,6	496,2	233,7	246,9	241,0	255,2
Vermögenseinkommen	21,3	23,9	23,4	14,7	9,2	14,2	9,2
Sonstige Transfers	18,4	18,0	18,0	8,8	9,2	8,8	9,2
Vermögenstransfers	10,4	10,4	10,0	4,9	5,5	4,7	5,3
Verkäufe	95,8	100,1	102,8	46,7	53,4	48,0	54,8
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2
Insgesamt	1 249,4	1 291,0	1 330,6	639,6	651,5	657,7	672,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	358,5	375,6	396,2	180,5	195,1	190,4	205,8
Arbeitnehmerentgelt	217,6	224,2	230,8	107,5	116,7	110,6	120,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	56,3	50,5	49,9	25,5	25,0	24,9	25,0
Subventionen	24,7	26,2	26,0	12,9	13,4	12,8	13,2
Monetäre Sozialleistungen	439,9	450,8	465,9	224,8	226,0	233,7	232,2
Sonstige laufende Transfers	62,0	63,5	65,3	35,1	28,4	36,0	29,2
Vermögenstransfers	24,8	22,1	22,6	8,5	13,6	8,6	14,0
Bruttoinvestitionen	62,8	65,0	68,1	28,1	36,8	29,4	38,7
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gsgütern	- 1,4	- 1,3	- 1,4	- 0,6	- 0,7	- 0,7	- 0,7
Insgesamt	1 245,3	1 276,5	1 323,3	622,3	654,3	645,8	677,5
Finanzierungssaldo	4,2	14,5	7,3	17,3	- 2,8	11,9	- 4,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Deutsche Konjunktur im Dezember 2014

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	2,9	3,1	3,3	3,4	2,9	3,1	3,6
Sozialbeiträge	2,4	3,3	3,2	3,4	3,2	3,2	3,3
Vermögenseinkommen	- 2,7	12,2	- 2,0	25,3	- 3,8	- 3,5	0,3
Sonstige Transfers	0,4	- 2,7	0,1	- 1,1	- 4,1	0,0	0,2
Vermögenstransfers	- 5,9	0,1	- 4,2	2,2	- 1,6	- 4,1	- 4,2
Verkäufe	4,1	4,5	2,8	4,5	4,4	2,8	2,8
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,6	3,3	3,1	3,8	2,9	2,8	3,3
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,7	4,8	5,5	4,7	4,8	5,5	5,5
Arbeitnehmerentgelt	2,3	3,0	2,9	3,1	3,0	2,9	3,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 10,8	- 10,4	- 1,1	- 12,3	- 8,4	- 2,2	0,0
Subventionen	1,4	6,1	- 0,8	7,0	5,4	- 0,5	- 1,0
Monetäre Sozialleistungen	2,4	2,5	3,3	1,4	3,6	3,9	2,7
Sonstige laufende Transfers	13,8	2,4	2,8	4,1	0,3	2,7	2,9
Vermögenstransfers	- 10,4	- 10,9	1,9	- 23,2	- 0,9	1,4	2,3
Bruttoinvestitionen	1,0	3,5	4,8	13,6	- 3,1	4,3	5,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,5	2,5	3,7	2,3	2,7	3,8	3,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.- ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.- ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest und Heinz Gebhardt

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen: Expansion bleibt schwach¹

Zusammenfassung: Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens wächst weiterhin langsamer als die im übrigen Bundesgebiet. Die wirtschaftliche Schwäche hat allem Anschein nach vorwiegend strukturelle Gründe. Eine wichtige Rolle spielen dabei wohl die große Bedeutung von Grundstoffindustrien und der Wandel im Energiesektor. Vor diesem Hintergrund dürfte das nordrhein-westfälische BIP im Jahr 2014 nur um 0,9% zunehmen. Auch für 2015 zeichnet sich mit 1,0% eine niedrigere Zuwachsrate des BIP ab als in Deutschland insgesamt. Dies liegt auch daran, dass Nordrhein-Westfalen aller Erfahrung nach von Aufschwüngen, die vom Konsum getragen sind, weniger profitiert als von solchen, die mit lebhaften Exporten und Ausrüstungsinvestitionen einhergehen. Vor diesem Hintergrund wird auch die Arbeitslosigkeit höher bleiben als im übrigen Bundesgebiet. Die schwächer als erwartete wirtschaftliche Expansion hat u.a. zu einem im Jahr 2014 steigenden Defizit im Landeshaushalt geführt. Im kommenden Jahr soll das Haushaltsdefizit u.a. durch eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer reduziert werden, die das Wachstum eher dämpfen wird.

Abstract: Economic growth in North Rhine-Westphalia continues to be lower compared to Germany as a whole. The weakness seems to have structural reasons, on particular the still high importance of basic industries and the change in the energy sector. Against this background, GDP growth will only reach 0,9% in 2014. For 2015, growth a GDP rate of 1,0% is expected which is once again lower than the German rate. This is also due to the fact that upswings borne by private consumption are less beneficial for the North Rhine-Westphalian economy than those supported by strong exports and investment in equipment. Thus, unemployment will stay higher than in residual Germany. In this year, the weaker than expected GDP growth led to an increase of public deficit. In 2015, the public deficit will be curbed by an increase of the land tax which, however, will dampen economic growth.

¹ Abgeschlossen am 17.12.2014 Wir danken Wim Kösters, Hermann Rappen und Sabine Weiler für hilfreiche Hinweise und kritischen Anmerkungen zu früheren Fassungen dieses Beitrags. Korrespondenzadresse doehrn@rwi-essen.de

1. Produktionswachstum erneut unterdurchschnittlich

1.1. Schwäche hat strukturelle Ursachen

Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens hat im Jahr 2014 im Vergleich zu den anderen deutschen Ländern weiter an Boden verloren. Die Industrie- und die Bauproduktion entwickeln sich weiterhin schwächer als in Deutschland insgesamt, und auch der Auftragseingang stellt sich ungünstiger dar (Schaubild 1). Dass die Produktion nun schon seit einigen Jahren mit unterdurchschnittlichen Raten wächst, hat Folgen für den Arbeitsmarkt: Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde mit geringerem Tempo ausgeweitet als in Deutschland insgesamt, und die Arbeitslosigkeit nahm seit 2011 deutlich zu, während sie bundesweit mehr oder weniger stagnierte. Im Verlauf dieses Jahres entwickelten sich Arbeitslosigkeit und Beschäftigung allerdings annähernd parallel zu der in Deutschland, was zumindest in diesem Bereich auf eine gewisse Entspannung hindeutet. Dies ändert freilich nichts daran, dass das Wachstum der nordrhein-westfälischen Wirtschaft auch in diesem Jahr hinter dem in Deutschland insgesamt zurückblieben dürfte.

Im ersten Halbjahr 2014 war das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) Nordrhein-Westfalens 1% höher als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Der Rückstand gegenüber Deutschland insgesamt betrug 0,7%-Punkte, womit sich die ungünstige Tendenz der vergangenen Jahre fortsetzte (Schaubild 2).² Daran dürfte sich auch im zweiten Halbjahr wenig ändern. Dafür sprechen nicht nur die realwirtschaftlichen Indikatoren, sondern auch die Tatsache, dass nordrhein-westfälische Unternehmen ihre Geschäftslage ungünstiger einschätzen als die deutschen Unternehmen insgesamt und dass sich das Geschäftsklima im Verlauf dieses Jahres hierzulande stärker verschlechtert hat (Schaubild 3).

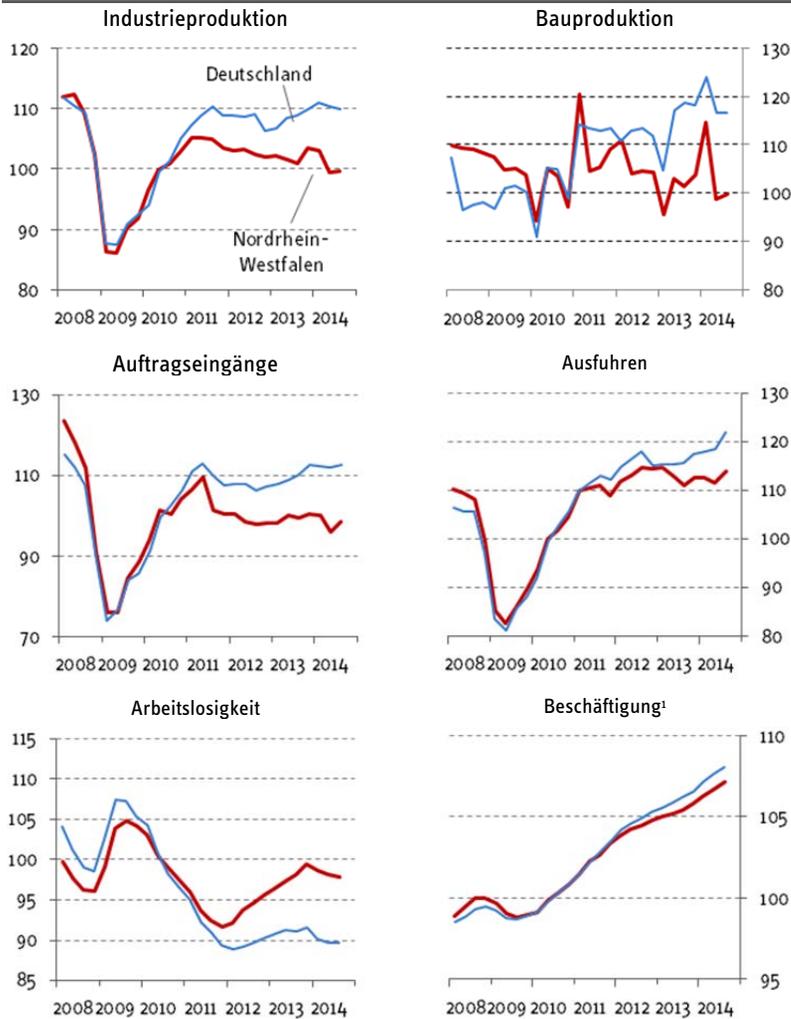
² Allerdings sind derzeit Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder und der des Bundes nur beschränkt vergleichbar. Seit September 2014 werden die VGR des Bundes entsprechend den Konventionen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ESVG 2010 erstellt (zur Revision der VGR vgl. Döhrn et al. 2014a: 46-48). Die VGR der Länder haben diese Revision noch nicht nachvollzogen. Angaben entsprechend der Systematik des ESVG 2010 werden frühestens im März 2015 veröffentlicht. Lediglich der Wert für das erste Halbjahr wurde bereits nach dem neuen Konzept der VGR ausgewiesen; er ist mit erhöhter Unsicherheit behaftet. Auch jenseits von solchen Großen Revisionen werden die Angaben der VGR der Länder nach der ersten Veröffentlichung unter Umständen noch erheblich verändert, weshalb Aussagen zu den BIP-Raten der Bundesländer stets mit erhöhter Unsicherheit behaftet sind. So wies NRW nach den im Februar 2013 veröffentlichten Daten im Jahr 2012 einen Wachstumsrückstand gegenüber dem Bund auf. Nach den im Februar 2014 veröffentlichten Daten wuchs das BIP in NRW und im Bund 2012 zwar im Gleichschritt, jedoch stellt sich der Rückstand im Jahr 2010 inzwischen weitaus gravierender dar.

RWI-Konjunkturbericht 64 (4)

Schaubild 1

Indikatoren der Konjunktur

2008 bis 2014, 2010 = 100, Quartalsdurchschnitte, saisonbereinigt

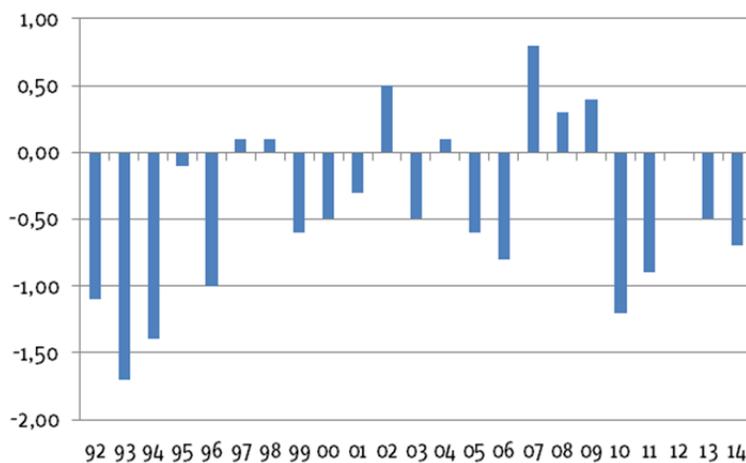


Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Düsseldorf. - ¹Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen

Schaubild 2

Wachstumsabstand Nordrhein-Westfalens gegenüber Deutschland insgesamt
1992 bis 2014; Differenz der Zuwachsraten des realen BIP



Eigene Berechnungen nach Angaben des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. 2014: Erstes Halbjahr.

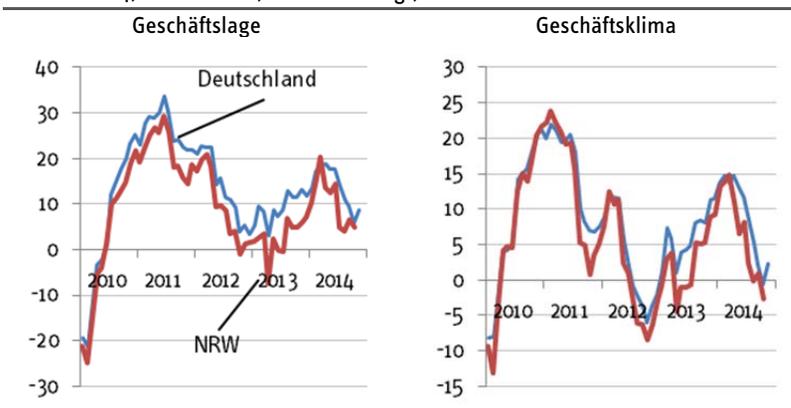
Eine für unsere Prognose wichtige Frage ist, ob die wirtschaftliche Schwäche Nordrhein-Westfalens konjunkturell oder strukturell bedingt ist und damit im Prognosezeitraum anhalten dürfte. Gegen zyklische Gründe spricht, dass sich das Muster konjunktureller Schwankungen in Nordrhein-Westfalen bis 2011 nur wenig von dem im übrigen Deutschland unterschied (Döhrn et al. 2012: 15-20). Auf strukturelle Gründe weist hin, dass insbesondere die Industrie und das Baugewerbe gegenüber dem übrigen Bundesgebiet zurückgefallen sind. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008 wurden noch rund 22% der Wertschöpfung des deutschen Verarbeitenden Gewerbes in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet, im Jahr 2013 waren es erstmals weniger als 20%. Im Baugewerbe sank der Anteil Nordrhein-Westfalens an der deutschen Wertschöpfung von rund 19% im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008 auf nur noch 17,7% im Jahr 2013. Im Dienstleistungssektor blieb hingegen der Beitrag des Landes zur deutschen Wertschöpfung mit rund 22,5% konstant.

Die Gründe für die vergleichsweise schwache Entwicklung der Bauwirtschaft wurden bereits im vergangenen Jahr diskutiert (Döhrn et al 2013: 19): Der überdurchschnittlich starke Bevölkerungsrückgang, die geringere Wohneigentumsquote und die ungünstigere Finanzlage der Kommunen des Landes dürften dabei eine Rolle

Schaubild 3

Geschäftslage und Geschäftsklima in der Gewerblichen Wirtschaft¹

2010 bis 2014, Saldenindex, saisonbereinigt,



Nach Angaben des ifo Instituts und der NRW.Bank. – ¹Verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft und Handel.

spielen. Dämpfend auf die künftige Bautätigkeit werden voraussichtlich die Mietpreisbremse und die Erhöhung der Grunderwerbsteuer wirken. Die vergleichsweise ungünstige Entwicklung der nordrhein-westfälischen Industrie liegt wohl in erster Linie an ihrer sektoralen Zusammensetzung. So haben Grundstoffindustrien nach wie vor eine große Bedeutung. Ein gewichtiges Beispiel dafür ist die Stahlindustrie, die zwar im Vergleich zu vielen anderen Industriestaaten gut dasteht (Döhrn und Janßen-Timmen 2013), deren Produktion aber mengenmäßig in der Tendenz nicht mehr wächst und voraussichtlich auch künftig kaum wachsen wird. Ähnlich dürfte die Lage in der Grundstoffchemie sein, die hierzulande einen größeren Beitrag zur Chemieproduktion leistet als im übrigen Bundesgebiet. Hinzu kommt, dass Grundstoffindustrien besonders energieintensiv produzieren und oft auch wesentlich zum CO₂-Ausstoß beitragen. Damit werden sie in besonderem Maße durch die Verschärfung von Umweltauflagen betroffen.

Zugleich ist der Automobilsektor, der in Deutschland nach wie vor einer der Wachstumsmotoren ist, in Nordrhein-Westfalen deutlich schwächer vertreten als im Durchschnitt der anderen Bundesländer; zudem spielen hierzulande Unternehmen eine große Rolle, die kaum Fahrzeuge auf den stark wachsenden Märkten außerhalb Europas absetzen. Die Schließung des Opel-Werkes in Bochum wird die Produktion sogar zurückgehen lassen. Eine zusätzliche Belastung dürfte daraus resultieren, dass der Außenhandel Nordrhein-Westfalens etwas stärker auf den Euro-Raum und auch auf Russland ausgerichtet ist als der der anderen Bundesländer (Döhrn et al. 2011). Daher liegt es nahe, dass die Rezession im Euro-Raum und der

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen

ukrainisch-russische Konflikt die hiesige Wirtschaft in stärkerem Maße treffen. All dies dürfte zu der hierzulande ungünstigeren Stimmung in den Unternehmen beitragen (Schaubild 3).

Belastend auf die wirtschaftliche Expansion in Nordrhein-Westfalen wirken wohl auch die Energiewende und die Deregulierung der Energiemärkte. Durch sie gerieten zum einen die im Land ansässigen Energiekonzerne unter Anpassungsdruck, was sich weniger in der Energieerzeugung als vielmehr in geringeren Gewinnen und einem Personalabbau in der Branche niederschlug. Zum anderen weist das Land nach wie vor einen Rückstand bei erneuerbaren Energien auf, sowohl was deren Nutzung angeht, als auch bei den Bemühungen, die Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern (Diekmann, Schill 2014).

1.2. Arbeitslosigkeit bleibt hartnäckig hoch

Aufgrund der schwachen gesamtwirtschaftlichen Expansion hat sich auch der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen ungünstiger entwickelt als im übrigen Bundesgebiet. Die Beschäftigung entwickelte sich zwar auch hierzulande aufwärts. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreichte im September 2014 einen neuen Höchststand. Zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse entstanden insbesondere im Dienstleistungssektor (im September +1,9% gegenüber dem Vorjahr). Vor allem in den Bereichen Immobilien, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (+4,9%), sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (+4,4%) und Heime und Sozialwesen (+3,8%) nahm die Beschäftigung zu. Dagegen ging die Zahl der Stellen im Bereich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung und Entsorgungswirtschaft um 2,2% zurück.

Obwohl die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen höher ist als in den anderen westdeutschen Flächenländern, wurde auch hierzulande der Beschäftigungsaufbau allem Anschein nach zu einem großen Teil aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials gespeist, der aus Wanderungsgewinnen und einer gestiegenen Erwerbsneigung resultierte. Jedenfalls führte der Anstieg der Beschäftigung nicht zu einem spiegelbildlichen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen. Diese sank zwar jüngst wieder und erreichte im November 2014 den tiefsten Wert seit Dezember 2012, jahresdurchschnittlich wird sie 2014 allerdings voraussichtlich über den Werten der Jahre 2011 bis 2013 liegen, während sie in Deutschland insgesamt voraussichtlich rückläufig sein wird.

Allerdings bestehen innerhalb Nordrhein-Westfalens erhebliche Unterschiede. So herrscht in Teilen des Münsterlandes und des Sauerlands annähernd Vollbeschäfti-

gung³, während die Arbeitslosenquoten im Ruhrgebiet hoch und auch kaum gesunken sind.⁴ Der dort beträchtliche Anteil von Langzeitarbeitslosen prägt die Struktur der Arbeitslosigkeit im Lande. So waren 44,6% der Arbeitslosen im Oktober 2014 länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet. Bundesweit liegt dieser Anteil bei lediglich rund einem Drittel. In den vergangenen Jahren wies nur Bremen einen höheren Anteil auf als Nordrhein-Westfalen. Das Nebeneinander von Regionen mit sehr hoher und sehr niedriger Arbeitslosigkeit sowie die Tatsache, dass der Beschäftigungsaufbau kaum zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt, weisen darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen zu einem erheblichen Teil auf strukturelle Ursachen zurückzuführen ist. Die Arbeitslosenquote wird 2014 voraussichtlich unverändert 8,3% betragen, womit sich der Abstand zur gesamtdeutschen Quote, die von 6,9% auf 6,7% sinkt, etwas vergrößert.

2. Ausblick für 2015

Da der Wachstumsrückstand Nordrhein-Westfalens während der vergangenen Jahre wohl vorwiegend struktureller Natur war, dürfte die gesamtwirtschaftliche Expansion auch im Prognosezeitraum hinter der in Deutschland insgesamt zurückbleiben. Dass der Rückstand in diesem Jahr wohl beträchtlich sein wird, deutet sich bereits in den ungünstigen Vorgaben für das erste Halbjahr an: Das BIP nahm mit einer um 0,7%-Punkte geringeren Rate zu als bundesweit. Die aktuellen Konjunkturindikatoren verheißen auch kaum Besserung für das zweite Halbjahr. Alles in allem dürfte das nordrhein-westfälische BIP 2014 um lediglich 0,9% zugenommen haben, während es in Deutschland voraussichtlich um 1,5% steigt.

Im kommenden Jahr wird die deutsche Konjunktur vor allem von den privaten Konsumausgaben getragen werden. Sie profitieren zum einen von einem anhaltenden, wenn auch durch die Einführung des Mindestlohns verlangsamten Beschäftigungsaufbau und von weiter steigenden Löhnen, zum anderen von dem Rückgang des Rohölpreises und dem daraus resultierenden Kaufkraftgewinn. Für Nordrhein-Westfalen hat sich eine solche Struktur der gesamtwirtschaftlichen Expansion in der Vergangenheit eher als nachteilig erwiesen. Jedenfalls war der Wachstumsrückstand gegenüber Deutschland in jenen Jahren besonders ausgeprägt, in denen die Konsumnachfrage Treiber der Konjunktur war. Zwar dürfte auch hierzulande der Dienstleistungssektor Impulse von einem starken privaten Verbrauch erhalten,

³ Im November 2014 betrug die Arbeitslosenquote in den Kreisen Coesfeld 3,1%, in Borken 4,1%, in Olpe 4,3%, in Steinfurt 4,7% und im Hochsauerlandkreis 4,9%.

⁴ Im November 2014 lag die Arbeitslosenquote in Gelsenkirchen bei 13,3%, in Herne bei 12,6%, in Duisburg bei 12,4%, in Dortmund bei 12,2%, in Essen bei 12,1% und in Oberhausen bei 11,5%.

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen

insbesondere der Handel und der Transportsektor. Die Industrieproduktion erhält hingegen ihre Anregungen eher von den Ausrüstungsinvestitionen und den Exporten, die in Deutschland auch 2015 wohl nur verhalten expandieren werden (Döhrn et al. 2014b). Vor diesem Hintergrund erwarten wir für 2015 einen Anstieg des nordrhein-westfälischen BIP um lediglich 1,0%, im Vergleich zu 1,5% in Deutschland.

Bei dem von uns erwarteten Produktionsanstieg dürfte die Beschäftigung im Prognosezeitraum weiter zunehmen. Die Folgen der Einführung des flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50€ je Stunde dürften sich zwar in Grenzen halten, weil zum einen die Löhne hierzulande heute bereits überwiegend über dem Mindestlohn liegen,⁵ zum anderen für Langzeitarbeitslose Ausnahmen beim Mindestlohn gelten. Konsequenzen dürfte er jedoch vor allem im Bereich der geringfügigen Beschäftigung haben, in dem die Stundenlöhne derzeit noch häufig unter 8,50€ liegen. Die Arbeitslosenquote dürfte dadurch aber nur wenig beeinflusst werden, da viele der geringfügig Beschäftigten keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben und sich deshalb nicht arbeitslos melden dürften. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für 2015 einen leichten Rückgang der Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen auf 8,2%.

3. Konjunktur belastet öffentliche Haushalte

Die Finanzlage des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich im Jahr 2014 ungünstiger entwickelt als bei Verabschiedung des Haushaltsplans angenommen. Daher hat die Landesregierung einen Nachtragshaushalt verabschiedet, in dem die Nettoneuverschuldung mit 3,19 Mrd. € um knapp 800 Mill. € höher veranschlagt wurde als bislang geplant. Zu einem guten Teil (433 Mill. €) lässt sich die Ausweitung der Neuverschuldung auf Mehrausgaben zurückführen, die aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs des Landes zur Beamtenbesoldung resultieren⁶. Hier rächt sich, dass die Landesregierung bei Einsparungen vor allem auf Einschnitte bei der Beam-

⁵ Nach dem Tarifspiegel 2013 gab es in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2013 in 43 Branchen insgesamt 174 Tarifverträge, die Lohngruppen enthielten, in denen die Grundvergütungen unter 8,50€ je Stunde lagen. Unklar ist, in welchem Umfang und ob überhaupt diese unteren Tarifgruppen mit Mitarbeitern besetzt sind (MAIS 2013).

⁶ Der Verfassungsgerichtshof in Münster hat am 1. Juli 2014 das Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen vom 16. Juli 2013 für verfassungswidrig erklärt. Dieses Gesetz sah vor, die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst für 2013 und 2014 nicht auf alle Beamtenbesoldungsgruppen zu übertragen. Während für die unteren Gruppen in den Jahren 2013 und 2014 eine Tarifierhöhung von insgesamt 5,6 % vorgesehen war, sollten die Tarife der mittleren Besoldungsstufen nur um 2% und die der oberen Gruppen nicht angehoben werden.

RWI Konjunkturbericht 64 (4)

tenbesoldung setzte, obwohl das Normenkontrollverfahren bei Vorlage des Haushalts 2014 bereits anhängig war und es in einer Anhörung des Unterausschusses „Personal“ des Landtages massive Kritik an dem Gesetzentwurf – nicht zuletzt aus verfassungsrechtlicher Sicht – gegeben hatte (Landtag NRW 2013).

Allerdings mussten auch die Ansätze für das Steueraufkommen erheblich nach unten korrigiert werden, wofür neben der schwächer als erwarteten Konjunktur wohl auch die schwierige Ertragslage der Energiewirtschaft ausschlaggebend war. Im Nachtragshaushalt 2014 wurde das Steueraufkommen um knapp 1,2 Mrd. € geringer angesetzt als in der bisherigen Haushaltsplanung; den Steuerausfällen stehen aber Mehreinnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und aus Bundesergänzungszuweisungen von insgesamt 540 Mill. € gegenüber. Auch hier wäre eine vorsichtiger Planung angebracht gewesen. So hatte der Arbeitskreis Steuerschätzungen im November 2013 den Zuwachs der Steuereinnahmen der Länder insgesamt um 2,1%-Punkte geringer prognostiziert als das Land bei Aufstellung seines Haushalts.

Nach der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse müssen die Länder ab dem Jahr 2020 strukturell ausgeglichene Haushalte aufweisen. In Nordrhein-Westfalen wird die dazu erforderliche Rückführung des Defizits mit Vorlage des

Tabelle 1

Eckwerte der Haushalts- und Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2013 bis 2018

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Finanzplanung 2014 bis 2018						
Ber. Gesamtausgaben, Mill. €	59213	61793	63114	65167	67122	68257
Veränd. gg. Vorjahr in %	1,8	4,4	2,1	3,3	3,0	1,7
Ber. Gesamteinnahmen, Mill. €	56768	59757	61636	64321	66471	68328
Veränd. gg. Vorjahr in %	4,0	5,3	3,1	4,4	3,3	2,8
Steuereinnahmen, Mill. €	44665	46971	48884	50588	52514	54689
Veränd. gg. Vorjahr in %	2,9	5,2	4,1	3,5	3,8	4,1
Eigenfinanzierte Investitionsausgaben, Mill. €	-	4350	4366	4493	4612	4539
Schuldenaufnahme netto, Mill. €	3169	2396	1902	1382	1302	692
Nachtrag 2014 und Haushaltsgesetz 2015						
Schuldenaufnahme netto, Mill. €		3193	1931			

2013: Vorläufiges Ist; 2014: Haushaltsplan; 2015: Haushaltsplanentwurf; 2016-2018: Mittelfristige Finanzplanung.

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen

Nachtragshaushalts Jahr 2014 wohl unterbrochen (Tabelle 1). Im Jahr 2015 soll die Neuverschuldung wieder sinken, und zwar auf 1,9 Mrd. €; zum Defizitrückgang trägt auch die zum i. Januar 2015 in Kraft tretende Anhebung der Grunderwerbsteuer von 5 auf 6,5 % bei.

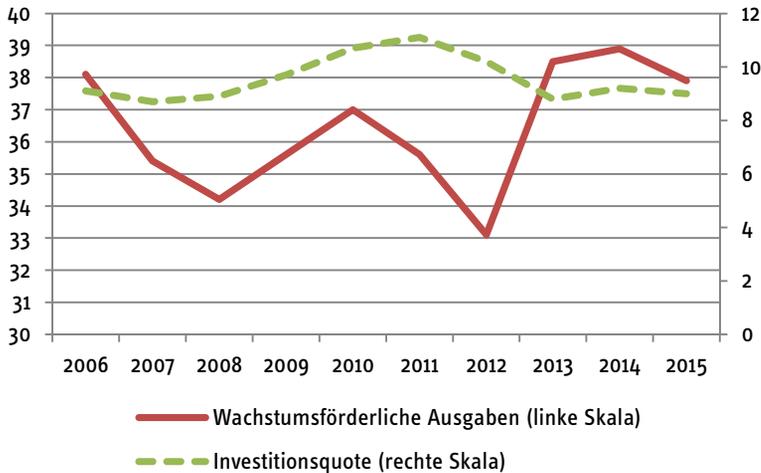
Der mittelfristige Konsolidierungspfad soll eingehalten werden. Die bis 2018 geplante Senkung der Nettoneuverschuldung unter 700 Mill. € ist allerdings keineswegs gesichert. Zum einen beruht der geplante Defizitabbau zum Teil auf globalen Minderausgaben/Mehreinnahmen von 800 bzw. 300 Mill. € p.a., die im Haushaltsvollzug erst noch realisiert werden müssen. Zum anderen bestehen im Zusammenhang mit der Restrukturierung der WestLB/Portigon erhebliche Haushaltsrisiken, für die in der mittelfristigen Finanzplanung keine über das Sondervermögen „Risikoabschirmung WestLB AG“ hinausgehende Vorsorge getroffen ist.⁷

Die Finanzlage des Landes hat sich zudem in den vergangenen Jahren auch dadurch gebessert, dass das historisch niedrige Zinsniveau erhebliche Zinersparnisse bei der Refinanzierung auslaufender Kredite ermöglichte. Als Folge davon sind die Zinsausgaben in diesem Jahr auf den niedrigsten Stand seit 1996 gefallen, obwohl sich die Kreditmarktverschuldung des Kernhaushaltes im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelte. Nach den üblichen Messverfahren (Girouard und André 2005) wird eine auf günstigen Refinanzierungskonditionen beruhender Defizitabbau zwar als strukturell interpretiert, doch sind diese Einsparungen nicht als dauerhaft anzusehen. Zwar wird in den Haushaltsplanungen ein geringer Anstieg des Zinsniveaus unterstellt und steigende Zinsen werden auch nur allmählich auf die Zinsausgaben durchschlagen, weil niedrig verzinsten Papiere erst nach und nach durch höher verzinsten ersetzt werden müssen. Doch resultieren auch hieraus Haushaltsrisiken, so könnten die Zinsen gegen Ende des Jahrzehnts mit Normalisierung der Lage im Euro-Raum beschleunigt steigen, so dass die Konsolidierung dann bei deutlich steigenden Zinsausgaben erfolgen müsste. Schon ein Anstieg der Durchschnittsverzinsung um einen Prozentpunkt würde beim derzeitigen Schuldenstand langfristig eine um reichlich 1 Mrd. € höhere Zinsbelastung nach sich ziehen.

Damit Nordrhein-Westfalen ab dem Jahr 2020 die Schuldenbremse einhalten kann, ist in den kommenden Jahren ein zügigerer Abbau des strukturellen Defizits angezeigt. Bisher kam das Land – verglichen mit anderen Ländern – auf dem Weg zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt nur langsam voran, weil nur geringe

7 Der Verzicht auf eine weitere Vorsorge wird damit begründet, dass die finanziellen Auswirkungen für die folgenden Haushaltsjahre nicht belastbar prognostiziert werden könnten und dass etwaige Mehraufwendungen zudem lediglich einen Einmaleffekt und keine strukturelle Wirkung in der langen Frist begründen würden.

Schaubild 4
Investitionsquote¹ und Anteil wachstumsfördernder Ausgaben² am Landeshaushalt
Nordrhein-Westfalens
2006-2015



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen. ¹Anteil der Investitionsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben. ²Zur Abgrenzung der berücksichtigten Ausgaben und Aufgaben vgl. RWI (2012) sowie RWI (2004).

Einsparungen vorgenommen wurden. Auch ist keine Strategie zu erkennen, wie dies in den kommenden Jahren gelingen soll. Eine Verschiebung der Konsolidierung hin zum Ende der Übergangsfrist wäre aber mit erheblichen Risiken verbunden, da erfahrungsgemäß nicht von einem dauerhaft anhaltenden Aufschwung ausgegangen werden kann. Vielmehr ist auch in diesem Jahrzehnt mit einem konjunkturellen Einbruch zu rechnen, bei dem Einsparmaßnahmen prozyklisch wirken würden.

Die Haushaltskonsolidierung fiel naturgemäß erheblich leichter, wenn die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wieder stärker wachsen würde. Hierzu könnte die Landesregierung einen Beitrag leisten, indem sie die Haushaltspolitik wachstums-gerechter gestaltete, die qualitative Konsolidierung des Landeshaushalts also vor-rückte. Gestaltungsspielraum besitzen hier die Länder vor allem auf der Ausga-benseite, da sie nur bei der Grunderwerbssteuer über die Gesetzgebungskompetenz verfügen. Als wachstumsfördernd gelten neben Sachinvestitionen⁸, die den physi-

⁸ Der haushaltsrechtliche Investitionsbegriff umfasst neben Sachinvestitionen auch Finanzin-vestitionen und Investitionsfördermaßnahmen.

Konjunktur in Nordrhein-Westfalen

schen Infrastrukturkapitalstock erhöhen, auch laufende öffentliche Ausgaben, die – obwohl haushaltsrechtlich als konsumtiv klassifiziert – die Produktionsmöglichkeiten erweitern. Betrachtet man allein die Investitionsquote, so ist diese von 2008 bis 2011 nicht zuletzt wegen des Konjunkturpaketes II gestiegen; sie sinkt mittlerweile aber wieder (Schaubild 4). Im Jahre 2015 fällt sie laut Haushaltsplanung wieder auf das Niveau von 2006. Etwas günstiger stellt sich auf den ersten Blick die Entwicklung der wachstumsförderlichen Ausgaben dar. Allerdings ist der erhebliche Bedeutungszuwachs im Jahr 2013 auf einen Einmaleffekt im Hochschulbereich zurückzuführen. Ein Vergleich mit Bayern und Baden-Württemberg zeigt, dass deren Haushalte in den vergangenen Jahren deutlich wachstumsfreundlichere Strukturen aufwiesen als der nordrhein-westfälische Haushalt.

Einsparungen und Steuererhöhungen sind im Hinblick auf ihre Wachstumswirkungen nicht gleichwertig: Die Aussichten für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung sind dann am größten, wenn insbesondere bei konsumtiven Ausgaben ange setzt wird und investive Ausgaben von Kürzungen ausgenommen werden (Gebhardt und Siemers 2008). Eine qualitative Konsolidierung ist mittel- und langfristig mit Wachstumsgewinnen verbunden. Hingegen ist die zum 1. Januar 2015 in Kraft tre tende Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 5 auf 6,5 % mit Blick auf die Wohnungsbauminvestitionen nicht unproblematisch. Auf Steuererhöhungen könnte verzichtet werden, wenn sparsam gewirtschaftet wird, denn Nordrhein-Westfalen hat kein Einnahmeproblem: Nach der aktuellen Finanzplanung wird das Steuerauf kommen in den kommenden Jahren kräftig expandieren; im Jahr 2018 dürfte es das Niveau von 2010 um rund 17 Mrd. € übertreffen.

Steuermeinnahmen, die aus einer Stärkung des Wachstumspotenzials der nordrhein-westfälischen Wirtschaft resultieren, sind hingegen positiv zu bewerten. Zur Förderung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen hat die Landesregierung einige Optionen – nicht nur die angemahnte qualitative Konsolidierung, sondern beispielsweise auch auf dem Gebiet des Bürokratieabbaus und der Dere gulierung.

Literatur

Diekmann, J. und W.-P. Schill (2014), Erneuerbare Energien im Ländervergleich: Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern an der Spitze. *DIW-Wochenbericht* 81, Heft 48: 1247-1256.

Döhrn, R., et al. (2011), Produktionswachstum setzt sich fort – Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen 2011. RWI Materialien 64. Essen, RWI.

Döhrn, R. T. Kitlinski und S. Vosen (2012), Schwache Auslandsnachfrage dämpft Konjunktur. Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen 2012. RWI-Materialien 69. Essen, RWI.

RWI Konjunkturbericht 64 (4)

Döhrn, R. et al (2013), Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen: Wirtschaft wächst langsamer als in Deutschland insgesamt. *RWI Konjunkturbericht 64 (4)*: 15-22.

Döhrn, R. et al. (2014a), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung bleibt moderat. *RWI Konjunkturbericht 65 (3)*: 39-82.

Döhrn, R. et al. (2014b), Sinkender Rohölpreis stärkt Konjunktur. *RWI Konjunkturbericht 65 (4)*: 5-16.

Döhrn R. und R. Janßen-Timmen (2012), Die Volkswirtschaftliche Bedeutung der Stahlindustrie. *RWI Materialien 71*. Essen.

Gebhardt, H. und L. -H.R. Siemers (2008), Perspektiven und Optionen einer wachstumsorientierten Finanzpolitik. *Wirtschaftsdienst 88 (6)*: 383-390.

Girouard, N. und C. André (2005), Measuring Cyclically-adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Department Working Papers 434, OECD Publishing.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2013), Unterausschuss „Personal“ des Haushalts und Finanzausschusses und Ausschuss für Kommunalpolitik. Gemeinsame Sitzung. Ausschussprotokoll Apr 16/276 vom 18.06.2013.

MAIS- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (2013), Tarifspiegel 2013. www.tarifregister.nrw.de.

RWI (2004), Entwicklung eines Nachhaltigkeitskonzeptes für den Landeshaushalt NRW. Forschungsvorhaben im Auftrag des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen. Essen.

RWI (2012), Analyse der Nachhaltigkeit und der Wirtschaftsorientierung des Landeshaushalts Baden-Württemberg. Endbericht. Forschungsprojekt im Auftrag der IHK Region Stuttgart. Essen: Oktober 2012.